

Gemeinderat von Zürich

17.05.06

Postulatvon Markus Knauss (Grüne)
und Bastien Girod (Grüne)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie im neu auszuhandelnden Vertrag mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft (APG) die Werbung für schwere Geländefahrzeuge (sogenannte Off-Roader) ausgeschlossen werden kann.

Begründung:

Schwere Geländefahrzeuge weisen nach einer Analyse der Beratungsstelle für Unfallverhütung (bfu) eine doppelt so hohe Fahrzeugaggressivität gegen andere Fahrzeuge (Anzahl in anderen Fahrzeugen getötete LenkerInnen pro 1000 Kollisionen) auf und insbesondere bei tiefen Geschwindigkeiten ist die Wahrscheinlichkeit für zu Fuss gehende bei Kollisionen mit schweren Geländefahrzeugen schwere Verletzungen zu erleiden rund doppelt so hoch wie mit ‚gewöhnlichen‘ Personenwagen. Schwere Geländefahrzeuge haben deshalb auf den Strassen der Stadt Zürich mit Ausnahme notwendiger Schutz-, Rettungs- und Arbeitsfahrzeuge nichts zu suchen.

Auch wenn der Stadtrat nicht gewillt ist, spezielle Massnahmen für schwere Geländefahrzeuge vorzusehen, könnte er doch in seinem Einflussbereich Einfluss auf das Kaufverhalten nehmen.

Für die Plakatwerbung auf öffentlichem Grund besteht zwischen der Stadt Zürich und der Allgemeinen Plakatgesellschaft ein Vertrag, der zurzeit neu ausgehandelt wird. Da beim Kauf von schweren Geländefahrzeugen, mit Ausnahmen von sachlich begründeten Entscheiden für Nutzfahrzeuge, meist emotionale Gründe ausschlaggebend sind, kommt der Werbung grosse Bedeutung zu. Die Stadt Zürich soll deshalb die Verträge mit der Allgemeinen Plakatgesellschaft so abändern, dass in Zukunft Werbung für schwere Geländefahrzeuge auf öffentlichem Grund ausgeschlossen ist.

Antrag auf dringliche Behandlung.

